

# Der Kampf der KPD um eine anti- faschistische demo- kratische Alternative

## AUFRUF

### der Kommunistischen Partei Deutschlands

#### Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite, ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland herein-  
gebrochen und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der  
Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und  
Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring,  
Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es  
sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodel und Konsorten.  
Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Groß-  
banken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Toansgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen  
bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen  
Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten  
und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges. Wir kämpfen nicht um Ideale; wir  
kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den  
Reichtum der Welt. Gesundheitstropfen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der  
totale Krieg Hitlers, — das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste  
Raubkrieg aller Zeiten.

„Nur die Kommunistische Partei Deutschlands für Deutschland erwirbt, denn

demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen zerschlug  
und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe  
Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren  
das alleinigmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und Abermillionen Deutsche der Nazi-  
demagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um  
Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare  
Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen  
einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker  
durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperia-  
listischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffen-  
des deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler  
niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg  
führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig  
fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer  
Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der  
Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden,  
im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolg-  
reichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk  
geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der  
dunkelsten Aera deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“  
wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die

Studienmaterial für das 2. Thema  
im Bildungsjahr der DKP 1981/82

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

# Literaturangaben

## **VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale**

Referate und Resolutionen  
342 Seiten, Leinen, 7,- DM

Elfriede Lewerenz

## **Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale**

244 Seiten, Paperback, 8,50 DM

## **Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands**

3. – 15. Oktober 1935  
621 Seiten, Leinen, 12,80 DM

## **Die Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands**

152 Seiten, Leinen, 4,50 DM

Rudolf Breitscheid

## **Antifaschistische Beiträge 1933–1939**

136 Seiten, Paperback, 8,- DM

Ernst Thälmann

## **Ausgewählte Reden und Schriften**

### **In zwei Bänden**

Band 1: 1925–1930. 309 Seiten, Taschenbuch, 7,50 DM

Band 2: 1931–1934. 407 Seiten, Taschenbuch, 7,50 DM

# Seminarfragen:

1. Waren „Einheitsfront“ und „Volksfront“ nur taktische Schachzüge der Kommunisten?
2. War der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 eine Abkehr vom sozialistischen Ziel?
3. Welche Lehren vermittelt das Ringen um eine antifaschistische demokratische Alternative für die Politik der DKP heute?

# Der Kampf der KPD um eine antifaschistische demokratische Alternative

## Einleitung:

Im letzten Bildungsheft haben wir den antifaschistischen Widerstand behandelt. Von großer Bedeutung und kennzeichnend für den antifaschistischen Widerstand vor allem der Kommunisten war es, daß es sich nicht „bloß“ um Widerstand gegen das brutale Herrschaftssystem des Hitler-Faschismus handelte, sondern daß die KPD von Anbeginn um eine Alternative zum Hitler-Faschismus gerungen hat.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur stand die KPD vor der Aufgabe, Schlußfolgerungen aus der Niederlage der Arbeiterklasse zu ziehen, ihre bisherige Politik zu überprüfen, die Lage und das Verhältnis der verschiedenen Klassen realistisch einzuschätzen und ihr politisches Vorgehen entsprechend den neuen Bedingungen weiterzuentwickeln. Das war keine leichte Aufgabe und bedurfte eines Klärungsprozesses. Eine rasche Lösung dieser Aufgabe wurde durch sektiererische Tendenzen erschwert, die es in der Kommunistischen Partei gab. Es ging darum, solch falsche Lösungen, wie die vom Sozialfaschismus zu überwinden (wir haben darüber im Bildungsheft 5 im vergangenen Bildungsjahr gesprochen), die die Wirksamkeit der Politik der KPD Ende der zwanziger Jahre und besonders jetzt unter den neuen Bedingungen des Kampfes, behinderten.

**Klärungsprozeß  
notwendig**

Es war erforderlich, eine Politik auszuarbeiten, die zweierlei berücksichtigte: Einmal den Gegensatz zwischen dem Nazi-Regime und der überwiegenden Mehrheit des Volkes und zum anderen die Tatsache, daß großen Teilen der Bevölkerung der wahre Charakter des Nazi-Regimes noch nicht klar geworden war. Es galt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Antihitlerkräfte aus den verschiedenen Klassen und Schichten zum Handeln zu bringen und zum gemeinsamen Vorgehen zusammenzuführen.

Die schwierigen Kampfbedingungen, der brutale faschistische Terror sowie die antikommunistische Haltung der rechten Führer der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, von denen sich einige sogar bei den Faschisten anzubiedern versucht hatten (siehe das vorherige Bildungsheft), bestärkten jedoch zunächst sektiererische Tendenzen in der KPD. Hinzu kam, daß der Verlust hervorragender Genossen, die Illegalität und die Einhaltung der Erfordernisse der Konspiration die breite Diskussion und somit die Überwindung der falschen Auffassungen und die Lösung der neuen Probleme verzögerten und erschwerten.

In den Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Politik leistete die Kommunistische Internationale (Komintern) einen hervorragenden Beitrag. Großen Einfluß auf die Diskussion in der KPD hatte das Auftreten Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß im Herbst 1933, in dessen Verlauf er begründete, daß es erforderlich war, die Kräfte der Arbeiterklasse, vor allem der Kommunisten und Sozialdemokraten, sowie der anderen Werktätigen gegen den Faschismus zu vereinen.

**Hilfe der Komintern**

1934 und 1935 hatte sich das Zentralkomitee der KPD mehrfach mit der neuen Lage beschäftigt. Es nahm, ausgehend von den Erfahrungen des Kampfes der Parteiorganisationen in dem Untergrund, Beschlüsse an, die darauf gerichtet waren, die Einheitsfront mit sozialdemokratischen Gruppen, Organisationen und Leitungen, einschließlich des Emigrationsvorstandes in Prag, sowie mit Parteilosen, mit ehemals gewerkschaftlich Organisierten und mit christlichen Arbeitern herzustellen und durch die antifaschistische Tätigkeit in den Massenorganisationen der Nazis und in den Betrieben den illegalen Wiederaufbau von Gruppen einheitlicher freier Gewerkschaften voranzubringen. Mit diesen Beschlüssen wurden falsche Einschätzungen, wie sie im Begriff „Sozialfaschismus“ zum Ausdruck gekommen waren, und fehlerhafte Einengungen der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten auf eine Werbung für die Mitgliedschaft in der KPD überwunden. Hinzu kam, daß auch in der SPD ein Klärungsprozeß stattgefunden hatte, der seinen Niederschlag im „Prager Manifest“ von 1934 gefunden hatte. Hier gelangte auch die Führung der SPD zu selbstkritischen Einschätzungen ihres Verhältnisses zu den Kommunisten. Doch folgten dem „Prager Manifest“ keine Taten.

Im täglichen Kampf gegen den Faschismus waren illegale Parteiorganisationen in Deutschland schon seit geraumer Zeit von diesen Fehlbeurteilungen abgegangen und zu Erkenntnissen gelangt, die nun in den Beschlüssen des Zentralkomitees ihren Niederschlag fanden. Zugleich orientierte im Jahre 1935 das Zentralkomitee darauf, einen antifaschistischen Zusammenschluß von Arbeitern, Klein- und Mittelbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie Angehörigen der Intelligenz, unabhängig von ihren politischen und weltanschaulichen Auffassungen, zu schaffen.

## I. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale – Die Brüsseler und Berner Konferenz der KPD – Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“

Mit der Analyse des Faschismus durch die KPD haben wir uns schon im vergangenen Bildungsjahr beschäftigt. Nach langen Diskussionen und exakten Untersuchungen des Faschismus an der Macht bestimmte der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 25. Juli bis zum 20. August 1935 in Moskau tagte, den **Faschismus als offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals**. Aus dem Nachweis, daß der Faschismus die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals war, leitete Georgi Dimitroff in seinem Referat die Aufgabe ab, die Bedingungen für den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte, für die Herstellung der **Einheitsfront der Arbeiterklasse** und der **antifaschistischen Volksfront** aller anderen antifaschistischen Kräfte zu schaffen.

Georgi Dimitroff sagt über die Einheits- und Volksfront sowie über eine Regierung der antifaschistischen Einheitsfront oder Volksfront:

„Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus muß der **Ausgangspunkt** und der **Hauptinhalt** der Einheitsfront in allen kapitalistischen Ländern sein. Wir dürfen uns nicht auf bloße Aufrufe zum Kampf für die proletarische Diktatur beschränken, sondern müssen solche Losungen aufstellen und Kampf-  
formen finden, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen, aus dem Grad ihrer Kampffähigkeit in der gegebenen Entwicklungsstufe ergeben“ (Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 94).

**Einheitsfront**

„Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer **breiten antifaschistischen Volksfront** auf der **Grundlage der proletarischen Einheitsfront** eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, die selbst in den industriell entwickelten Ländern die Mehrheit der Bevölkerung bilden“ (Georgi Dimitroff, a. a. O., S. 96).

**Volksfront**

„Wir ziehen in Betracht, daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer **Regierung der proletarischen Einheitsfront** oder der **antifaschistischen Volksfront** nicht nur möglich, sondern im Interesse des Proletariats auch notwendig sein wird. Und wir werden in diesem Fall ohne alle Schwankungen für die Schaffung einer solchen Regierung eintreten“ (Georgi Dimitroff, a. a. O., S. 120).

Die Kommunisten sollten also in ihrer Politik berücksichtigen, daß im Kampf gegen den Faschismus bzw. nach dessen Sturz eine Lage entstehen konnte, die die Vernichtung des Faschismus ermöglichte, ohne unmittelbar zur sozialistischen Revolution übergehen zu können. In diese Richtung hatte auch schon Ernst Thälmann gedacht, als er am 7. Februar 1933 auf der illegalen Tagung des ZK der KPD im Sporthaus Ziegenhals – der Tagung des Zentralkomitees, auf der Ernst Thälmann zum letzten Mal vor dem ZK sprach – die Frage aufwarf, wie es in Deutschland weitergehen sollte. Ernst Thälmann sagte: „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen zu hundert Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist“ (zitiert nach: Ernst Thälmann, Eine Biographie, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1979, S. 651/2).

**Thälmann  
in Ziegenhals**

Georgi Dimitroff unterstrich in seinem Referat, daß es sich mit dem Eintreten der Kommunisten für solche Regierungen zugleich – völlig in Übereinstimmung mit der Leninschen Revolutionstheorie – um den Weg des Herankommens an die proletarische Revolution handele. So

**Wege des  
Herankommens  
an die proletarische  
Revolution**

**Brüsseler  
Parteikonferenz  
der KPD**

**Notwendigkeit einer  
Zwischenetappe  
auf dem Weg  
zum Sozialismus**

setzte sich Dimitroff mit solchen Tendenzen in der kommunistischen Bewegung auseinander, die noch immer auf die unmittelbare Errichtung der Diktatur des Proletariats orientierten und nicht begriffen hatten, daß im Kampf gegen die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und Militarismus die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Parteien darin bestand, die demokratischen Freiheiten und sozialen Rechte der Volksmassen zu verteidigen bzw. wiederherzustellen und eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen.

Wenige Monate nach dem VII. Weltkongreß der Komintern tagte vom 13. bis 15. Oktober 1935 in der Nähe von Moskau eine Parteikonferenz der KPD. Um die Gestapo irrezuführen und die Rückkehr der Delegierten zur illegalen Arbeit nach Deutschland zu sichern, wurde verbreitet, die Konferenz habe in Brüssel stattgefunden. Sie ist deshalb als **Brüsseler Parteikonferenz** der KPD in die Geschichte eingegangen. Die Konferenz hatte die Aufgabe, schöpferisch auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern, eine eigene Politik auszuarbeiten, die den Bedingungen in Deutschland entsprach. Den Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der KPD gab Wilhelm Pieck.

Er analysierte die Lage in Deutschland und in der Welt und entwickelte die neue Politik, die neue Strategie und Taktik der KPD. Dazu war es zunächst notwendig, eine nüchterne und reale Einschätzung der Lage in Deutschland zu geben. Durch die Errichtung der faschistischen Diktatur hatten sich die Machtpositionen des Großkapitals gefestigt. Die Arbeiterklasse blieb dem gegenüber weiterhin gespalten. Nur eine Minderheit der Arbeiterklasse führte den aktiven Kampf gegen den Faschismus. Die Mehrheit verhielt sich passiv. Die kleinbürgerlichen Schichten auf dem Land und in den Städten waren zum Teil mit den verschiedensten Maßnahmen der Hitlerregierung unzufrieden, aber zum aktiven Kampf waren sie auch nicht bereit. Sollte an diesen Stimmungen richtig angeknüpft werden, so mußten die Kampffaktionen gegen die Hitlerdiktatur – so Wilhelm Pieck – demokratischen Charakter tragen, eine antifaschistische, antiimperialistische, demokratische Ordnung zum Ziel haben. Es ging und konnte nicht unmittelbar um den Sozialismus gehen. Und dieser demokratische Kampf konnte nur auf der Grundlage eines breiten demokratischen Kampfprogramms erfolgen, das die nächstliegenden, unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten enthielt.

Das bedeutete, daß die Kampfbedingungen selbst gebieterisch die Notwendigkeit einer **Zwischenetappe** auf dem Wege zum Sozialismus vorschrieben. Über das Kampfprogramm der KPD für diese Etappe sagt das Manifest der Brüsseler Parteikonferenz: „Wir Kommunisten unterbreiten Euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit, den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf für die Freiheit des werktätigen Volkes, für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte, für volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit, für Glaubens- und Gewissensfreiheit, für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse“ (Die Brüsseler Konferenz der KPD, hrsg. von Klaus Mammach, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1975, S. 607).

Um diese Aufgaben verwirklichen zu können, erklärte die Brüsseler Parteikonferenz die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der

deutschen Arbeiterklasse und die Bildung der antifaschistischen Volksfront zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr zur zentralen Aufgabe der KPD.

Wilhelm Pieck über die Volksfront: „Bei der allgemeinen Unterdrückung... ist die Schaffung einer Ideologie des Freiheitskampfes und einer Freiheitsbewegung, die auch breite Kreise des Bürgertums erfaßt, dringend notwendig... Millionen von Menschen sind heute in Deutschland von dem faschistischen Regime beengt und bedrückt und über die eine oder andere Maßnahme dieses Regimes empört. Alle diese Ströme der Unzufriedenheit müssen in das große Meer des Volkswiderstandes gelenkt werden. So werden wir die wahre antifaschistische Volksfront in Deutschland zum Sturz der faschistischen Diktatur schaffen... Es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir in den Mittelpunkt der Schaffung der Volksfront... den Kampf um die Erhaltung des Friedens und gegen den imperialistischen Krieg stellen“ (Wilhelm Pieck, a. a. O., S. ).

Mit den Beschlüssen der Parteikonferenz besaß die KPD **als einzige Partei in Deutschland** ein reales politisches alternatives Kampfprogramm zur Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte für den Sturz des Hitlerfaschismus, für die Verhinderung eines Krieges und die Errichtung eines demokratischen, friedliebenden Deutschland.

Nach der Brüsseler Konferenz verstärkten die Kommunisten ihre Bemühungen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, und gleichzeitig suchte die KPD, im Kampf alle antifaschistischen Kräfte zu einer einheitlichen Volksfront zusammenzuschließen. So kam im November 1935 im Pariser Hotel „Lutetia“ unter dem Vorsitz von Heinrich Mann ein größerer Kreis von Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken, Funktionären der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP, einer von der SPD abgespaltenen linkssozialdemokratischen Partei) und einigen Vertretern der bürgerlichen Opposition zusammen, um über gemeinsame Schritte zum Kampf gegen das Naziregime zu beraten.

Anläßlich des 4. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur veröffentlichte dieser Volksfrontausschuß einen „Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit und Brot!“

Als die Gefahr eines zweiten Weltkrieges immer drohender wurde, fand vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1939 die sogenannte Berner Konferenz der KPD in der Nähe von Paris statt. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete die Berner Konferenz den Kampf gegen den drohenden Krieg, um das deutsche Volk vor der Katastrophe zu retten. Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, müßte er durch den Sturz des Hitlerfaschismus schnellstens beendet werden. Um den Zusammenschluß aller Hitlergegner zu erleichtern und ihm ein klares Ziel zu geben, arbeitete die Berner Konferenz – die Beschlüsse der „Brüsseler Konferenz“ weiterführend – ein Programm für die Zeit nach dem Sturz des Faschismus aus, das „Programm der demokratischen Republik“.

Aus der Berner Resolution über das „Programm der demokratischen Republik“:

**Verstärkte  
Bemühungen für  
den Zusammenschluß  
aller antifaschistischen  
Kräfte**

**Gefahr  
eines Weltkrieges  
immer drohender**

**Berner Konferenz  
der KPD**

**Programm  
der demokratischen  
Republik**

„In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zum Weimar, nicht die Großbourgeoise, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen... Die Grundforderungen dieses Programms sind folgende:

- a) Aufhebung aller volksfeindlichen Gesetze. Persönliche und politische Freiheit für alle Bürger...
- b) Enteignung der faschistischen Trustkapitalisten...
- c) Sicherung einer Außenpolitik, die die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und die Lebensrechte des deutschen Volkes in jeder Hinsicht gewährleistet und für die Erhaltung des Friedens im Geiste der Völkerverständigung wirkt.
- d) Die neue demokratische Republik wird die Schwäche der Weimarer Republik gegenüber der Reaktion nicht wiederholen, eine gründliche Demokratisierung des Staatsapparates durchführen und solche Maßnahmen zur Verteidigung der neu errungenen Freiheit treffen, die eine Wiederkehr der faschistischen Tyrannei ein für allemal unmöglich machen“ (Die Berner Konferenz der KPD, hrg. von Klaus Mammach, Frankfurt am Main 1974, S. 135, 137/138).

Die Berner Konferenz konkretisierte damit das Konzept der Zwischentappe auf dem Wege zum Sozialismus. Es sind in diesem Konzept wesentliche Bestandteile dessen enthalten, was wir heute in unseren programmatischen Dokumenten antimonopolistische Demokratie nennen (siehe z. B. unser Parteiprogramm, S. 66 ff.).

Die von der KPD auf den Brüsseler und Berner Konferenzen ausgearbeitete antifaschistische Volksfrontpolitik trug dazu bei, daß der Widerstand gegen den Hitlerfaschismus zielgerichteter und breiter wurde. Die Orientierung der Konferenzen lag schließlich auch der Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ am 12./13. Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau zugrunde. Hier wurde die Volksfrontpolitik in der neuen Lage des Jahres 1943 verwirklicht. Vorsitzender des Nationalkomitees wurde der Arbeiterdichter Erich Weinert. Ihm gehörten führende Kommunisten wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an, aber auch kriegsgefangene Offiziere der Wehrmacht, die mit dem faschistischen Regime gebrochen hatten. Unter den 38 Mitgliedern des Komitees waren 13 Arbeiter, 1 Bauer, 4 Angestellte, 13 Intellektuelle, 1 Geistlicher, 1 Student, 1 Verleger und 4 Berufssoldaten (siehe auch das vorherige Bildungsheft).

Mit der Schaffung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ begann ein neuer Abschnitt des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes.

In Deutschland und in der Emigration kam es zu einer weiteren Annäherung und teilweisen politischen Zusammenarbeit der KPD mit führenden Sozialdemokraten. Maßgebliche rechte sozialdemokratische

**Widerstand gegen  
Hitler-Faschismus  
zielgerichteter**

**Nationalkomitee  
„Freies Deutschland“**

Führer, wie Max Brauer und Friedrich Stampfer, lehnten jedoch weiterhin jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ab. Sie verleumdeten das in Moskau gegründete Nationalkomitee „Freies Deutschland“ als ein Instrument russischer Staats- und Außenpolitik, in dem sich „Parteigänger einer totalitären Diktatur“ zusammengefounden hätten. Andere sozialdemokratische Führer, wie der spätere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer, übten Kritik, in einem gewissen Gegensatz dazu, an der Bewegung „Freies Deutschland“, weil sich der Inhalt des „Manifests“, ihrer Meinung nach, nur in nationalen und bürgerlich-demokratischen Zielsetzungen erschöpfen würde. Sie warfen dem Nationalkomitee eine opportunistische Haltung vor. Es ist dies eine oft anzutreffende Erscheinung: Um das politisch Mögliche und Notwendige zu verhindern, wird – scheinbar – mehr gefordert. Diese SPD-Führer orientierten auf die Westmächte. Sie sahen für den Sturz des Hitlerregimes erst Möglichkeiten, nachdem die amerikanisch-britischen Truppen in Westeuropa gelandet und in Deutschland einmarschiert wären. Als ob mit den Truppen großkapitalistischer Staaten die weitergehende, sozialistische Zielsetzung möglich geworden wäre!

Der Vorwurf, daß das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ von Moskau gesteuert worden sei, ist auch heute noch in der bürgerlichen Geschichtsschreibung gang und gäbe. Daß die Gründung des Nationalkomitees in der Sowjetunion stattfand, hat seinen einfachen Grund darin, daß in Moskau die Führung der KPD ihren Sitz hatte, daß hier die deutschen Kommunisten jede Unterstützung von ihren sowjetischen Genossen hatten, daß die deutschen Kommunisten die Gelegenheit nutzten, mit kriegsgefangenen deutschen Offizieren und Soldaten über die Verbrechen und auch die Ursachen des Hitlerfaschismus zu reden. Daß jedoch die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ keine rein „Moskauer Angelegenheit“ war, zeigt die Tatsache, daß bald auch in Reihen der deutschen politischen Emigranten in England, in Schweden, in der Schweiz, in den USA, in Mexiko und in Frankreich sich die Bewegung „Freies Deutschland“ entwickelte. Daß ihr auch dort Vertreter der verschiedensten Klassen und Schichten angehörten. Und schließlich wurde die vom Nationalkomitee vertretene Politik zur politischen Leitlinie der entscheidenden Kräfte des weiteren Widerstandskampfes in Deutschland.

... von Moskau  
gesteuert?

Während sich die Armeen der Antihitlerkoalition von Osten und Westen den deutschen Grenzen näherten, bereitete die Führung der KPD in Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften bereits den Neuaufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland nach der Beendigung des Krieges vor.

## Zusammenfassung:

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hat die KPD um eine demokratische Alternative zum Hitlerfaschismus gerungen. Durch die Erfahrungen des täglichen Widerstandskampfes gegen den Faschismus war die KPD zu der Erkenntnis gelangt, daß die Herstellung der Einheitsfront mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern und Organisationen ebenso wie der Volksfront aus Arbeitern, Klein- und Mittelbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie Angehörigen der Intelligenz notwendig sei. Einheitsfront und Volksfront waren

nicht – wie heute in der bürgerlichen und auch sozialdemokratischen Geschichtsschreibung immer wieder unterstellt wird – irgend welche taktischen Schachzüge der Kommunistischen Partei, sondern waren aus der Erfahrung des antifaschistischen Kampfes geboren. Volksfront und Einheitsfront waren keine Erfindungen, hinter denen sich die Kommunisten verstecken wollten, sondern waren der Versuch, möglichst breite Kreise für den Widerstand und die Überwindung des Hitlerfaschismus zu organisieren.

Dabei war die KPD zugleich auch zur Erkenntnis gelangt, daß es notwendig sei, ein demokratisches Ziel herauszuarbeiten, das zwar der Tatsache Rechnung trug, daß der unmittelbare Übergang zum Sozialismus wenig wahrscheinlich sei, aber auch die Rückkehr zur alten bürgerlichen Demokratie ausschließen sollte, in deren Schoß sich der Faschismus entwickelt hatte. Es ging um die Hinwendung zu einer fortschrittlichen Demokratie, die die gesellschaftlichen Wurzeln von Faschismus und Krieg ein für allemal beseitigen, dem arbeitenden Volk maßgeblichen Einfluß sichern und damit auch die Voraussetzungen für ein späteres Weiterschreiten zum Sozialismus schaffen sollte.

Mit dieser Orientierung besaß die KPD als einzige Partei in Deutschland ein reales politisches alternatives Kampfprogramm zur Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte für den Sturz des Hitlerfaschismus, für die Errichtung eines demokratischen, friedliebenden Deutschland.

## II. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945

Wenige Wochen nach der Befreiung, bereits am 11. Juni 1945, erließ das Zentralkomitee der KPD einen Aufruf an das deutsche Volk, der zu den bedeutsamsten Dokumenten in der Geschichte der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung gehört.

Der deutsche Faschismus war militärisch niedergedrungen, der von ihm entfesselte zweite Weltkrieg hatte auf deutschem Boden geendet. Er hatte von den Völkern Europas unermessliche Opfer gefordert, allein die Sowjetunion hatte 20 Millionen Menschen verloren. Der antifaschistische deutsche Widerstand war nicht in der Lage gewesen, einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung vom Faschismus zu leisten. So stand das deutsche Volk am Ende des Krieges vor den bitteren Ergebnissen der faschistischen Blutherrschaft, ihrer wahnwitzigen imperialistischen Weltherrschaftsbestrebungen, ihrer furchtbaren Kriegsverbrechen gegen zahlreiche europäische Völker, der Schändung des deutschen Namens.

Zugleich bot die Niederschlagung des faschistischen deutschen Imperialismus, die auch die Deutschen von der Barbarei befreite, dem deutschen Volk eine gewaltige historische Chance. Die Mächte der Antihitlerkoalition hatten verkündet – und legten dies zwei Monate später vertraglich im Potsdamer Abkommen fest –, daß Nazismus und Militarismus und die für ihn verantwortlichen Kräfte vernichtet und dem deutschen Volk die Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung eröffnet werden sollten. Angesichts des großkapitalistischen Charakters

**Niederschlagung des  
deutschen Faschismus  
bot große Chance**

der Westmächte konnte diese Chance nur mit Aussicht auf Erfolg genutzt werden, wenn die antifaschistisch-demokratischen Kräfte im deutschen Volk selbst willens und fähig waren, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen, sich einige zu werden über die von den historischen Notwendigkeiten, von den bitteren Erfahrungen vorgezeichneten Ziele und Wege, und wenn sie bereit waren, sich vereint dafür einzusetzen.

In der Situation, die nicht nur durch grauenvolles materielles Elend, durch Hunger, Ruinen, Obdachlosigkeit vieler Millionen charakterisiert war, sondern auch durch tiefe geistige Verwirrung und Niedergeschlagenheit, kam der Aufruf der Kommunistischen Partei einem Fanal gleich, das den Weg einer grundlegenden revolutionären Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, den Weg in eine bessere Zukunft wies. Die Grundlinien für die nach der Zerschlagung des Faschismus einzuschlagende Politik ergaben sich aus den programmatischen Vorstellungen, die die KPD seit der Brüsseler Konferenz 1935 ausgearbeitet und immer wieder konkretisiert hatte.

**Aufruf der KPD  
wie ein Fanal**

Der Aufruf der Kommunistischen Partei vom 11. Juni 1945 ging von diesen Erkenntnissen aus. Seine Vorschläge waren für alle vier Besatzungszonen gedacht, und sie deckten sich in ihren grundlegenden Zielen mit den von den verbündeten Mächten in Jalta (1943) und später in Potsdam (1945) aufgestellten Grundsätzen für die Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege. So sollte einerseits der Tatsache Rechnung getragen werden, daß unmittelbar der Sozialismus nicht auf der Tagesordnung stehen konnte. Andererseits aber ging es auch darum, eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, in deren Schoß der Faschismus entstanden war, zu verhindern.

**Sozialismus steht nicht  
auf der Tagesordnung**

Rechte sozialdemokratische Führer kritisierten die damalige Zielsetzung der Kommunisten von „links“. Sie denunzierten sie als „Verzicht“ auf das sozialistische Ziel. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD, proklamierte damals den „Sozialismus als Tagesaufgabe“ und sprach davon, daß eine Wiederherstellung des Kapitalismus unmöglich geworden sei.

**Kritik der Führung  
der SPD**

Die Kommunisten antworteten, daß es zunächst nötig sei, die gesellschaftlichen Wurzeln für Faschismus, Militarismus und Krieg auszureißen. Die gegebenen Verhältnisse verlangten den Weg der antifaschistischen und antimonopolistischen Umwälzung. Nur so könnten die politischen und ökonomischen Voraussetzungen, die notwendige Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit den anderen Werktätigen geschaffen werden, um später den Übergang zum Sozialismus zu ermöglichen. Die historische Entwicklung sowohl in der DDR, wo dieser Weg beschritten wurde, als auch in der Bundesrepublik, wo auch nach dem Zeugnis des DGB „die alten Besitz- und Machtverhältnisse restauriert wurden“, hat gezeigt, wer recht hatte.

**Die Antwort  
der Kommunisten**

Im einzelnen enthielt der Aufruf vom 11. Juni 1945 ein umfassendes Programm antifaschistischer demokratischer Umgestaltungen: die vollständige Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes und die strengste Bestrafung der Kriego- und Naziverbrecher; den Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit; den Wiederaufbau der zerstörten Arbeits- und Wohnstätten, Schulen usw.; die Herstellung aller demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes; die breiteste Aufklärung zur Überwindung der faschistischen, rassistischen

und militaristischen Ideologie; den Wiederaufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen, Ländern; die freie Wahl der Betriebsvertretungen in Fabriken, Büros und Behörden; die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung ihres Vermögens in Volkseigentum; die Durchführung einer demokratischen Bodenreform durch die Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes. Außenpolitisch forderte der Aufruf den entscheidenden Bruch mit der imperialistischen Aggressionspolitik, das friedliche und gutnachbarliche Zusammenleben mit allen Völkern und die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch faschistische Aggression den anderen Völkern zugefügten Schäden.

**Ein antifaschistisches  
und  
antimonopolistisches  
Deutschland**

Es war dies ein antifaschistischer und antimonopolistischer Aufruf, der auch den Kommunisten in den von den westlichen Mächten besetzten Zonen zur Grundlage ihrer Tätigkeit diente. Naturgemäß hatte dieses Programm, wenn es Wirklichkeit werden sollte, die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien und ein Bündnis der antifaschistischen Kräfte zur unabdingbaren Voraussetzung. Manches von seinem Geist wurde von den Kommunisten, die damals auch in Landesregierungen, in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen vertreten waren, auch im Westen in die Verfassungen der Länder eingebracht. Der Volksentscheid in Hessen am 1. Dezember 1946, bei dem über 71 Prozent den Artikel 41 der hessischen Verfassung bejahen, der die Verstaatlichung des Bergbaus, der Eisen-, Stahl- und Energieerzeugungsbetriebe und der Großbanken vorsieht, bewies, daß in den Westzonen – wie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone – breite Volksmassen diese antimonopolistische Zielsetzung bejahten. Der verblendete Antikommunismus rechtssozialdemokratischer Führer, der Druck der kapitalistischen Besatzungsmächte, die auf Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse gerichtete Politik der wiedererstarkenden Großbourgeoisie und der ihr dienenden CDU/CSU verhinderten diese Entwicklung.

## **Zusammenfassung:**

Dem Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945 lagen die Grundgedanken der programmatischen Vorschläge für das zukünftige Deutschland zugrunde, die die KPD während der Herrschaft des Hitler-Faschismus erarbeitet hatte.

Es sollte

- erstens, eine demokratische Republik sein, in der Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet waren; diese Wurzeln lagen in der wirtschaftlichen Macht des Monopolistischen Großkapitals und der junkerlichen Großgrundbesitzer, ohne deren Entmachtung folglich keine echte und dauerhafte Demokratie aufgebaut werden konnte;
- zweitens, es mußte eine friedliebende Republik sein, die ein für allemal den imperialistischen Großmachtwahn der alten herrschenden Klassen Deutschlands überwand, auf eine Politik der Freundschaft mit allen Völkern, nicht zuletzt auch mit der Sowjetunion, die am meisten unter dem faschistischen Krieg gelitten hatte und die größte

Last im antifaschistischen Befreiungskampf der Völker getragen hatte, gegründet war;

- drittens, die neue demokratische Staatsmacht mußte getragen sein von der Einheit der Arbeiterklasse und einem Bündnis aller antifaschistischen Kräfte; gerade dadurch mußte sie sich grundlegend unterscheiden von der Weimarer Republik.

### III. Antifaschistisch-demokratische Alternative und sozialistisches Ziel

Die bürgerliche und rechtssozialdemokratische Geschichtsschreibung benutzte und benutzt Inhalt und Text des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, um der KPD einen „Ruck nach rechts“, einen politischen Kurswechsel zu unterstellen oder ihr eine zwielichtige, unaufrichtige Taktik vorzuwerfen, weil darin das Ziel des Sozialismus nicht genannt wird.

Das ist Demagogie. Daß die KPD für den Sozialismus war, wußte jeder! Aber das Dokument des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 trug nicht nur den Titel „Aufruf“; es war auch in Inhalt und Form ein Aufruf. Mit ihm wandte sich die KPD an das schaffende Volk in Stadt und Land, an Männer und Frauen, an die deutsche Jugend. Mit der Forderung nach „Errichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ formulierte die KPD das „strategische Etappenziel“. Mit dem in dem Aufruf enthaltenen Zehn-Punkte-Aktionsprogramm schuf die KPD eine Plattform für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Zusammenwirken aller Antifaschisten. Wenn antikommunistische Ideologen der KPD vorwarfen und vorwerfen, daß sich die Partei in diesem Aufruf nicht ausdrücklich zum sozialistischen Ziel und zum Weg des Sozialismus geäußert hat, so übersieht ein solcher Vorwurf Charakter und Funktion dieses Aufrufs. Natürlich ist es unerläßlich, daß Kommunisten in ihrem Parteiprogramm ihre sozialistischen Zielvorstellungen bestimmen.

Ein solches Parteiprogramm – wie es ja auch nur ein Parteitag hätte beschließen können – war der Aufruf nicht. Es ist völlig falsch zu sagen, die KPD habe sich über ihr sozialistisches Ziel ausgeschwiegen oder dies gar verleugnet. In Resolutionen der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz war ausgesprochen, daß Ringen um Volksfront und Kampf um eine neue demokratische Republik nicht Verzicht auf das sozialistische Ziel bedeuten, daß vielmehr erst der Sozialismus dem ganzen Volk Freiheit und wachsenden Wohlstand sichern wird. Entsprechend hieß es in einer Direktive des Politbüros der KPD: „Unser Ziel ist und bleibt der Sozialismus, aber wir wissen, daß in der heutigen Lage die Voraussetzungen dazu nicht gegeben sind. Der Weg dahin führt über die nunmehr möglich gewordene breite Entfaltung der Demokratie. Das ist keine formale, bürgerliche Demokratie alter Art, aber auch keine Sowjetdemokratie. Es wird eine Demokratie neuen Typs sein, die alle Möglichkeiten einer wirklichen Volksherrschaft in sich schließt“ (zitiert nach: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Band 1, 1. Halbband, Berlin 1955, S. 48).

**KPD verzichtet nicht auf Sozialismus**

## Die historischen Erfahrungen

Alle historischen Erfahrungen besagten, daß diese Aufgabe die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das Zusammenwirken aller antifaschistischen Kräfte, auch derjenigen, die gegen den Faschismus, aber noch nicht für den Sozialismus waren, voraussetzte. Ohne die Lösung dieser Aufgaben war kein Weg zu demokratischem Fortschritt und Sozialismus möglich. Die Richtigkeit dieser Einschätzung hat die spätere Entwicklung in „Ost“ und „West“ völlig bestätigt.

Im Osten Deutschlands verloren die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Konzernherren, Großbankiers und Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche und damit ihre politische Macht. Hier förderte die sozialistische Besatzungsmacht die von den deutschen demokratischen Kräften geforderten antifaschistischen Forderungen.

## Ringens um Einheit der Arbeiterklasse vorrangig

Im „Westen“ unternahmen die militaristischen und großkapitalistischen Kräfte alles, um ihre bedrohte Macht zu retten und wiederherzustellen. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung war das nur möglich, wenn es ihnen einerseits gelang, unter die Fittiche der westlichen Besatzungsmächte zu kriechen, und andererseits die antifaschistischen Kräfte durch Spaltung ihres eigentlichen Zentrums, der Arbeiterbewegung, zu schwächen. Deswegen war damals das Ringen um die Einheit der Arbeiterklasse und das breite antifaschistische demokratische Bündnis von so großer Bedeutung für die weitere Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen.

Deswegen bedeutete damals die vorrangige Orientierung der KPD auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung keinen Verzicht auf den weitergehenden Kampf um den Sozialismus, sie war vielmehr darauf gerichtet, die notwendigen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

## Was ist Sozialismus?

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle des ganzen Volkes“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei).

## Voraussetzungen des Sozialismus

In ihrem Kampf um den Sozialismus lassen sich die Marxisten von dem Grundsatz leiten, daß für den erfolgreichen Kampf sowohl objektive als auch subjektive Voraussetzungen notwendig sind. Was die objektiven, genauer, die materiellen Voraussetzungen betrifft, so waren diese nach 1945 gegeben. Das gilt trotz der gewaltigen Kriegszerstörungen. Die Produktivkräfte in Deutschland hatten einen hohen Entwicklungsstand, der Grad der Konzentration in Großbetrieben war weit vorangeschritten. Die Verflechtung der Betriebe und Produktionszweige untereinander hatte große Ausmaße angenommen. Die KPD ging aber gleichzeitig davon aus, daß die Entwicklung zum Sozialismus sich nicht automatisch vollzieht. Es gehört zu den Grundsätzen des Marxismus, daß der Sozialismus nicht durch einen Putsch oder eine Verschwörung zustande kommt oder importiert werden kann, sondern der Sozialismus kann nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst sein.

Um den Sozialismus aufzubauen, ist es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse ihrer welthistorischen Aufgabe, „Totengräber der kapitali-

stischen Gesellschaft“ – wie es im Manifest der Kommunistischen Partei heißt – und Schöpfer der sozialistischen Gesellschaft zu sein, bewußt wird. Notwendig ist, daß die Masse der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Sozialismus erkennt und bereit ist, für den Sozialismus zu kämpfen.

Immer muß gefragt werden, in welchem Ausmaß sich die Arbeiterklasse ihrer Klassenlage und der geschichtlichen Aufgabe, die sie zu erfüllen hat, bewußt ist. Zu fragen ist, ob jene Bedingung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus erfüllt ist, von der Engels in seiner letzten Arbeit, der „Einleitung zu Marx' Klassenkämpfen in Frankreich“ sagt: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten sollen“ (Friedrich Engels: „Einleitung zu Marx' Klassenkämpfen in Frankreich“, in Marx/Engels Werke, Band 22, S. 523).

Wie aber sah damals das Bewußtsein der Arbeiterklasse aus? Sicherlich war der Gedanke weit verbreitet, daß es nie mehr Faschismus und Krieg geben dürfe, daß Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln ausgerottet werden müßten. Aber gleichzeitig gab es selbstverständlich auch noch viele antikommunistische Vorbehalte. Zwölf Jahre lang hatte die faschistische Massenpropaganda gewirkt. Während der Nazizeit war es den Organisationen der Arbeiterklasse nur unter den ganz komplizierten Bedingungen der Illegalität möglich gewesen, Einfluß auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein zu nehmen. Millionen Arbeiter waren in die faschistische Armee eingezogen worden. All das mußte Auswirkungen auf das Denken vieler Arbeiter haben und konnte nicht von heute auf morgen aus den Köpfen verdrängt werden.

Und weiter: Damit die Arbeiterklasse ihre Aufgabe als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft wahrnehmen kann, ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, ist die weitgehende politische Einheit notwendig. Ohne eine revolutionäre Massenpartei der Arbeiterklasse ist an den Sozialismus überhaupt nicht zu denken. Es gab in der Arbeiterklasse einen ausgeprägten Willen zur Einheit, zur Überwindung der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung. Das zeigte sich in der Entstehung der Einheitsgewerkschaften, das zeigte sich in der Politik der KPD, das zeigte sich in vielen Organisationen der SPD. Aber auch hier müssen wir sehen, daß diese Organisationen erst neu entstanden waren, daß viele Fragen ungeklärt waren und daß die Herstellung einer größeren politischen Einheit der Arbeiterklasse eine Entwicklung ist, die sich auf der Grundlage von eigenen Erfahrungen durchsetzen muß.

Weiter erfordert der Sozialismus das breite Bündnis der Arbeiterklasse mit den übrigen Werktätigen. Auch hier gab es selbstverständlich noch viele antikommunistische und antisozialistische Vorbehalte. Auch hier war es notwendig, durch gemeinsame Erfahrungen im gemeinsamen Kampf Vorbehalte und Vorurteile zu überwinden. Gerade dafür war es notwendig, den Kampf für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu führen, weil in diesem Kampf weitergehende Einsichten über Ursachen und Hintergründe von Faschismus und Krieg entstehen konnten.

## Rolle der Arbeiterklasse

Arbeiterklasse muß sich ihrer Aufgabe bewußt sein

Wie sah das Bewußtsein der Arbeiter aus?

Einheit der Arbeiterklasse notwendig

### Gewinnung der Bauern notwendig

In der werktätigen Bauernschaft sah die KPD den wichtigsten Verbündeten der Arbeiterklasse. Dieses Bündnis zu schaffen, betonten die Kommunisten, ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für den Erfolg der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. So stand also auch nicht eine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Tagesordnung, sondern eine demokratische Bodenreform. Es sollte die jahrhundertealte Forderung der Bauern erfüllt werden, das Land denen zu geben, die es bearbeiten. Damit sollte das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft eine feste Grundlage erhalten. Wie die demokratische Bodenreform in der damaligen Ostzone gezeigt hat, wurden so etwa zwei Millionen Menschen – werktätige Bauernschaft einschließlich Familienangehöriger – unmittelbar in die revolutionäre Umwälzung einbezogen. Viele von ihnen wurden selbstbewußter, fanden Zugang zum politischen Leben, gewannen Vertrauen zur Arbeiterklasse und zu den neuen demokratischen Staatsorganen.

### Verteidigung und Erweiterung der Demokratie notwendige Voraussetzung des Sozialismus

Diese kurzen Bemerkungen über die subjektiven Voraussetzungen des Sozialismus und die Lage nach 1945 zeigen, daß diese notwendigen Voraussetzungen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg noch nicht dagewesen sind, sondern erst geschaffen werden mußten. Das war der ausschlaggebende Grund für die Orientierung der KPD auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Hier wurden die Lehren verarbeitet, die die Novemberrevolution von 1918 vermittelt hatte. Sie hatte gezeigt, daß es in Deutschland nicht möglich war, in einem Sprung zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zum Sozialismus zu kommen. Sie hatte gezeigt, daß die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie eine notwendige Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus darstellt. Gerade dann, wenn die Arbeiterklasse noch nicht einheitlich handelt, wenn die möglichen Bündnispartner der Arbeiterklasse noch antikommunistische Vorbehalte haben oder passiv sind, geht es zunächst um die Vernichtung der Macht der Monopole. Alle Erfahrungen der Weimarer Republik hatten gezeigt, daß es für die Kommunisten vor allem darauf ankam, an die unmittelbaren Interessen der Massen anzuknüpfen und im Kampf um demokratische, antimonopolistische Forderungen das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit anderen Schichten herzustellen.

### DKP hat diese Erfahrungen berücksichtigt

Auch die DKP hat in ihrer Programmatik diese Erfahrungen berücksichtigt und die Notwendigkeit von Übergangsforderungen und die Möglichkeit von Etappen im Kampf um den Sozialismus ausgesprochen: „Das für den Vormarsch zum Sozialismus hauptsächlich Hindernis stellt die ökonomische und politische Macht der Monopole dar. Der Kampf gegen das Monopolkapital, gegen den mächtigsten und einflußreichsten Teil der Bourgeoisie ist deshalb die entscheidende Voraussetzung jeder Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts. Alles, was sich gegen die Monopole richtet, was die Arbeiterbewegung im Prozeß des Ringens um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt an Positionen und an Einfluß hinzugewinnt, schafft günstigere innere Voraussetzungen für das Voranschreiten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, für den erfolgreichen Kampf um die Öffnung des Weges zum Sozialismus.“

Wie sich dieser Weg konkret gestalten wird – das hängt vor allem von der Kraft der Arbeiterklasse, von der Stabilität ihres Bündnisses mit den anderen demokratischen Kräften, von der Stärke ihrer revolutio-

## **Zusammenfassung:**

Mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 schuf die KPD eine Plattform für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Zusammenwirken aller Antifaschisten. Die richtige Wahl der nächsten Schritte unter Beachtung des sozialistischen Ziels der Arbeiterbewegung war die dringlichste Aufgabe, die vor der Arbeiterklasse stand.

Die KPD ging von der Möglichkeit von Etappen im Kampf um den Sozialismus aus. Die Entwicklung zum Sozialismus vollzieht sich nicht automatisch. Er kann weder importiert werden, noch kommt er durch einen Putsch oder eine Verschwörung zustande. Der Sozialismus kann nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen selbst sein. Es stellt sich also die Frage nach dem subjektiven Faktor, nach der gesellschaftlichen Hauptkraft, die den Kapitalismus stürzen und die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen vermag, nach dem Grad ihrer Entwicklung, ihres Bewußtseins und ihrer Kampfbereitschaft. Das Bewußtsein großer Massen der Arbeiter und Angestellten war noch nicht auf sozialistischen oder auch nur bewußt antimonopolistischen Positionen. Das gilt auch für die Bündnispartner der Arbeiterklasse. Unter diesen Bedingungen mußte eine Politik entwickelt werden, die die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen an den Kampf um den Sozialismus heranzuführt. Entscheidend war dabei, die Arbeiterklasse auf der Grundlage ihrer eigenen praktischen Erfahrungen an die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus heranzuführen. Diese eigenen Erfahrungen führten damals zunächst zur Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Wurzeln von Faschismus und Militarismus.

Die Möglichkeit von Übergangsstufen auf dem Weg zum Sozialismus hat auch die DKP in ihrer Programmatik durch die Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und die Öffnung des Weges zum Sozialismus durch den Kampf um eine antimonopolistische Demokratie berücksichtigt.

## Chronik:

30. Januar 1933 Mit der Einsetzung der Hitler-Regierung wird der Übergang zur offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals vollzogen. Das Zentralkomitee der KPD ruft zum Generalstreik auf und schlägt der SPD und den Gewerkschaften die Einheitsfront vor.
7. Februar 1933 Illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD im Sporthaus Ziegenhals.
21. September bis 23. Dezember 1933 Reichstagsbrandprozeß
28. Januar 1934 Der sozialdemokratische Emigrationsvorstand veröffentlicht die Erklärung „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ (Prager Manifest)
11. Februar 1935 Einheitsfrontangebot des Zentralkomitees der KPD an den sozialdemokratischen Emigrationsvorstand. Der SPD-Vorstand lehnt das Angebot ab.
25. Juli bis 20. August 1935 VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
- 3.–15. Oktober 1935 Brüsseler Konferenz der KPD
9. Juni 1936 In Paris wird der Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront gebildet.
30. Januar bis 1. Februar 1937 Berner Konferenz der KPD
1. September 1939 Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen. Beginn des zweiten Weltkrieges.
- 8.–10. Oktober 1941 158 kriegsgefangene deutsche Soldaten in der UdSSR unterzeichnen einen von der KPD initiierten Appell an das deutsche Volk.
- Ende Januar 1942 Die Bewegung „Freies Deutschland“ in Mexiko veröffentlicht ein Aktionsprogramm.
- 12./13. Juli 1943 Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im KFD (in Krasnogorsk bei Moskau).
- Ende September 1943 Bildung der Bewegung „Freies Deutschland“ für den Westen in Paris.
6. Februar 1944 Die Führung der KPD beruft eine Arbeitskommission, die politische Grundfragen des Kampfes gegen den Faschismus und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik klären soll.
- Oktober 1944 Die Führung der KPD diskutiert das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“.
8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation Hitler-Deutschlands.
11. Juni 1945 Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!“

## DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei  
Partei Vorstand  
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 48 10 01 - 04

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Baden-Württemberg  
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1  
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest  
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1  
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Hamburg  
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36  
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Hessen  
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main  
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Niedersachsen  
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1  
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Nordbayern  
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg  
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz  
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz  
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen  
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen  
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen  
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Saar  
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 3 34 89

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein  
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel  
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Südbayern  
Reisingerstraße 5, 8000 München  
Telefon (0 89) 26 79 68